

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Leichtle, Heinrich SPD**
vom 15.12.1999

Wirtschaftswachstum in Schwaben

Die IHK für Augsburg und Schwaben weist in ihrem Nachrichtendienst darauf hin, dass das Wirtschaftswachstum in Schwaben spätestens seit dem Konjunkturunbruch der Jahre 1993/94 um 50 % unter den bayerischen Durchschnitt gefallen sei, nachdem es in den 70er und 80er Jahren immer deutlich darüber gelegen habe. Da diese Entwicklung unseres Erachtens offensichtlich von der Staatsregierung zu wenig zur Kenntnis genommen wurde, fordert die IHK die Ausrichtung eines Forums „Zukunft Schwaben“ und ein stärkeres Engagement des Freistaates für Schwaben aus der „High-Tech-Offensive Bayern“, insbesondere in den Bereichen „Life Sciences“, „Informations- und Kommunikationstechnologie“ und „Materialwissenschaft“.

Wir fragen die Staatsregierung:

1. Worauf ist es zurückzuführen, dass das Wirtschaftswachstum in Schwaben seit den Jahren 1993/94 um 50 % unter den bayerischen Durchschnitt gefallen ist, während es in den 70er und 80er Jahren immer deutlich darüber gelegen hat?
2. Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um dieser dramatischen Entwicklung Einhalt zu gebieten?
3. Ist die Staatsregierung vor dem Hintergrund dieser Entwicklung der Meinung, dass sie Schwaben im Zusammenhang mit der „High-Tech-Offensive“ im Verhältnis zu anderen Landesteilen ausreichend berücksichtigt hat?
4. Wie stellt sich die Staatsregierung zu den Vorschlägen der IHK?

Antwort

des **Staatsministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Technologie**
vom 08.03.2000

Zu 1.:

Das schwäbische Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs zwischen 1980 und 1994 um 119 % und damit in etwa so schnell wie das bayerische BIP mit 122 %. Erst zwischen 1994 und 1996 (letzter verfügbarer Wert) blieb das BIP-Wachstum in Schwaben gegenüber dem Landestrend signifikant zurück. In diesem Zeitraum betrug die Zuwachsrate in Bayern 6,7 %

verglichen mit 3,8 % in Schwaben. Trotz dieser Entwicklung wies das schwäbische BIP je Erwerbstätigen mit 95.006 DM unverändert den dritthöchsten Wert unter allen Regierungsbezirken auf.

Die zwischenzeitliche Verlangsamung des Wachstums ist ohne Zweifel auf die schmerzlichen Beschäftigungsverluste zurückzuführen, die Schwaben in den letzten Jahren hinnehmen musste. Während in Bayern seit 1992, dem Höhepunkt der Beschäftigung, 4,4 % der sozialversicherungspflichtigen Stellen verloren gingen, büßte Schwaben 5,6 % seiner Arbeitsplätze ein. Bis 1998 baute allein das Produzierende Gewerbe 41.500 Stellen (13,7 %) ab. Weitere 2.400 Stellen (29,2 %) gingen in Land- und Forstwirtschaft verloren. Den Arbeitsplatzverlusten stand ein Beschäftigungszuwachs von rund 11.200 Stellen im Dienstleistungssektor gegenüber. Dieser Anstieg um 4,0 % blieb leicht hinter dem bayerischen Zuwachs von 4,6 % zurück. Trotz dieser im landesweiten Vergleich unterdurchschnittlichen Beschäftigungsentwicklung lag aber die schwäbische Arbeitslosenquote in der Vergangenheit stets unter dem bayerischen Wert.

Mittlerweile vollzieht sich in Schwaben eine Trendwende, die angesichts der jüngsten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt unübersehbar ist. Zwischen 1997, dem Jahr mit der höchsten Erwerbslosigkeit, und 1999 ging die Zahl der Arbeitslosen um 17,1 % zurück. Kein anderer Regierungsbezirk konnte seine Arbeitslosigkeit so rasch abbauen. Der landesweite Rückgang betrug demgegenüber lediglich 13,0 %. Im Jahresdurchschnitt 1999 lag die Arbeitslosenquote (bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen) nur mehr bei 6,9 % gegenüber 8,5 % im Jahr 1997. Die bayerischen Quoten lagen in diesen beiden Jahren bei 8,7 % bzw. 7,4 %.

Auch wenn seine Wachstumsdynamik vorübergehend nicht ganz dem bayerischen Durchschnitt entsprach, gehört der Regierungsbezirk Schwaben unverändert und unbestritten zu den strukturstärksten Regionen Bayerns. Schwaben ist ein leistungsfähiger Standort mit starken Entwicklungs- und Zukunftspotenzialen, der weiterhin ein Zugpferd der wirtschaftlichen Entwicklung in Bayern bleibt. Die äußerst positive Tendenz auf dem Arbeitsmarkt wird sich in Zukunft auch wieder in erhöhten Wachstumsraten niederschlagen.

Zu 2.:

Zur Dramatisierung besteht – wie die o.g. Zahlen zeigen – kein Anlass.

Die Staatsregierung wird ihre erfolgreiche Doppelstrategie zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schwaben – systematische Bestandspflege einerseits, Erschließung neuer Zukunftsfelder andererseits – offensiv weiterverfolgen. Dazu wird sie wie schon in der Vergangenheit das gesamte ihr zu Gebote stehende regionalpolitische Instrumentarium auch weiterhin konsequent einsetzen.

Von 1990 bis 1999 wurden im Regierungsbezirk Investitionen der gewerblichen und fremdenverkehrsgewerblichen Wirtschaft in Höhe von mehr als 2,9 Mrd. DM mit Darlehen in Höhe von rd. 420 Mio. DM und Zuschüssen in Höhe von über 150 Mio. DM unterstützt. Durch diese Investitionen wurden 6.700 neue Arbeitsplätze geschaffen und annähernd 31.000 Stellen gesichert.

Im selben Zeitraum wurden Investitionen in die wirtschaftsnahe Infrastruktur in Höhe von knapp 200 Mio. DM mit Darlehen von rd. 35 Mio. DM und Zuschüssen von nahezu 60 Mio. DM gefördert.

Aus dem Bayerischen Mittelstandskreditprogramm flossen zinsgünstige Darlehen in Höhe von über 830 Mio. DM zur Unterstützung eines Investitionsvolumens von fast 2,8 Mrd. DM nach Schwaben. Diese Investitionen waren mit der Schaffung von knapp 12.000 neuen und dem Erhalt von rd. 38.000 bestehenden Stellen ebenfalls sehr beschäftigungswirksam.

Zusätzlich wird die Staatsregierung im Zuge der High-Tech-Offensive den technologischen Fortschritt Bayerns landesweit forcieren und so auch in Schwaben weitere entscheidende Akzente für Wachstum und Beschäftigung setzen.

Zu 3.:

Bei der High-Tech-Offensive ist Schwaben sehr gut berücksichtigt.

Entgegen der Empfehlung zweier renommierter Beratungsunternehmen, Kompetenzzentren von internationaler Bedeutung nur in den Ballungsräumen München und Nürnberg/Fürth/Erlangen einzurichten, hat die Staatsregierung beschlossen, solche Zentren in allen Regierungsbezirken aufzubauen, um eine möglichst flächendeckende Wirkung der High-Tech-Offensive zu erzielen und regionale Dispa-

ritäten zu vermeiden. In Schwaben ist Augsburg mit den Technologiebereichen Umwelttechnik, Neue Werkstoffe, Informations- und Kommunikationstechnik sowie Mechatronik an exponierter Stelle vertreten. Insgesamt fließen im Bereich der High-Tech-Zentren von Weltrang deutlich mehr als 100 Mio. DM nach Schwaben.

Hinzu kommen weitere 50 Mio. DM im Rahmen des Regionalkonzepts Schwaben, das unter intensiver Mitwirkung der IHK für Augsburg und Schwaben entwickelt wurde. Gerade vom schwäbischen Regionalkonzept erwartet die Staatsregierung besonders wertvolle Impulse für die wirtschaftliche und technologische Entwicklung Bayerns.

Weiterhin ist beabsichtigt, den Flughafen Augsburg mit Privatisierungserlösen aus der dritten Tranche weiter auszubauen, um der positiven Entwicklung des Flughafens während der letzten Jahre durch erweiterte Kapazitäten zusätzlichen Auftrieb zu geben.

Schließlich darf nicht vergessen werden, dass die Wirkung von weiten Teilen der High-Tech-Offensive, wie z. B. dem landesweiten Qualifizierungs-, Existenzgründungs- und Infrastrukturprogramm oder der geplanten Maßnahmen zur Internationalisierung von Forschung und Technologie, regional nicht begrenzt ist, sondern auf alle Regionen in Bayern ausstrahlt.

Zu 4.:

Hinsichtlich der Vorschläge der IHK für Augsburg und Schwaben zur High-Tech-Offensive verweise ich auf das als Anlage beigefügte Schreiben vom 7. Januar 2000, in dem Herr Ministerpräsident gegenüber Frau Präsidentin Hannelore Leimer zur Sache Stellung nimmt.

Anlage

Der Bayerische Ministerpräsident

München, 7. Januar 2000

An die
Präsidentin der
Industrie- und Handelskammer
für Augsburg und Schwaben
Frau Hannelore Leimer
Stettenstraße 1 + 3

86150 Augsburg

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 16. November 1999, mit dem Sie sich für ein „Forum Zukunft Schwaben“ unter meiner Schirmherrschaft einsetzen.

Mit der High-Tech-Offensive, die mittlerweile vom Bayerischen Landtag im Rahmen des Nachtragshaushaltes 2000 beschlossen wurde, geben wir dem technischen Fortschritt landesweit einen gewaltigen Schub. Ganz Bayern, insbesondere auch Schwaben, wird davon durch neue Arbeitsplätze erheblich profitieren. Mit Beginn des Jahres 2000 gilt es nun, die mit der High-Tech-Offensive initiierten Projekte schnell und reibungslos umzusetzen. Wie ich Ihrem Schreiben entnehme, ist die schwäbische Wirtschaft dazu bereit. Dies begrüße ich außerordentlich.

Ein „Forum Zukunft Schwaben“, das ab dem Jahr 2000 die Umsetzung der Projekte der High-Tech-Offensive im Regierungsbezirk Schwaben begleitend unterstützt, halte ich daher grundsätzlich für einen sinnvollen Ansatz. Da die Schirmherrschaft für das „Forum Zukunft Schwaben“ eine Präsenz in der Region und einen detaillierten Kenntnisstand der Projekte voraussetzt, bitte ich um Verständnis, dass ich diese nicht übernehmen kann.

Sollte das „Forum Zukunft Schwaben“ seine Aufgabe allerdings darin sehen, eine rückwärtsgewandte Verteilungsdebatte zu führen, so halte ich dies nicht für zielführend. Wie ich in meinem Schreiben vom 9. August 1999 ausgeführt habe, wird diese Quotendebatte dem hohen fachlichen Anspruch der High-Tech-Offensive nicht gerecht. Das Ihrem Schreiben beigelegte Positionspapier der schwäbischen Wirtschaft zur High-Tech-Offensive habe ich zur Bewertung an die Ressorts weitergegeben. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse liegt meinem Schreiben bei.

Zu den Verkehrsthemen wurde erst vor kurzem vom Bayerischen Staatsministerium des Innern eine Straßenbaukonferenz für den Regierungsbezirk Schwaben und vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie zusammen mit dem Verkehrsministerium Baden-Württemberg eine Eisenbahnkonferenz durchgeführt, bei der die Strecken Stuttgart – Ulm, Augsburg – München und München/Augsburg – Lindau im Vordergrund standen. Darüber hinaus möchte ich auf mein Schreiben vom 15. Dezember 1999 verweisen, in dem ich die Verkehrssituation in Schwaben ausführlich beschrieben habe. Was die Neu- bzw. Ausbaustrecke Stuttgart-Ulm-Augsburg-München anbelangt, ist der Bund auf das Angebot der Länder Bayern und Baden-Württemberg zur Vorfinanzierung dieser Schienestrecke leider nicht eingegangen. Für Anfang 2000 ist daher ein Spitzengespräch vorgesehen, in dem die Vorbehalte des Bundes hoffentlich ausgeräumt werden können.

Mit freundlichen Grüßen

A IV 1

21.12.1999
NbSt: 2914

Zusammenfassende Bewertung zum Positionspapier der schwäbischen Wirtschaft zur High-Tech-Offensive

„Ausbau der MUVA (Milchwirtschaftliche Untersuchungs- und Versuchsanstalt) in Kempten als An-Institut oder Außenstelle der Universität Weihenstephan.“

Die Milchwirtschaftliche Untersuchungs- und Versuchsanstalt (MUVA) in Kempten soll aus dem Regionalkonzept der High-Tech-Offensive für Schwaben mit insgesamt 9,9 Mio. DM gefördert werden. Auf die MUVA entfallen damit ein Fünftel der für ganz Schwaben vorgesehenen Fördermittel aus dem Regionalkonzept.

Die MUVA in Kempten befasst sich mit einfacher Auftragsanalytik im Bereich Milchwirtschaft. Es handelt sich um einen Dienstleistungsbetrieb mit anderen als universitären Ansprüchen und Zielgruppen. Eine Angliederung der MUVA an die TU München als sogenanntes „An-Institut“ oder gar eine Integration der MUVA in die TU München als deren Außenstelle ist daher nicht angebracht. Die TU München ist jedoch bereit, in enger Wechselwirkung mit der MUVA zu-

sammenzuarbeiten, indem sie im Bereich der Methodenanalytik Unterstützung gewährt und wissenschaftliche Erkenntnisse der Grundlagenforschung zur Verfügung stellt, um damit eine schnelle Umsetzung in die Praxis zu gewährleisten.

Der Präsident der TU München, Prof. Dr. Herrmann, hat schon im Mai diesen Jahres seine grundsätzliche Kooperationsbereitschaft mit der MUVA zugesichert und darüber hinaus sogar einen Rahmenvertrag für die Ausgestaltung der Zusammenarbeit der Institute der TU in Weihenstephan mit der MUVA in Kempten vorgeschlagen.

Das schafft die Voraussetzung für den geplanten Wissens- und Methodentransfer von der TU zur MUVA. Zusätzlich sollen gemeinsame Forschungsarbeiten in Angriff genommen werden. In Zukunft wird es möglich sein, Diplom- und Praktikumsarbeiten in konkreter Kooperation zwischen den Lehrstühlen der TU und der MUVA vor Ort in Kempten durchzuführen.

Der Transfer wissenschaftlicher Kompetenz der TU München an die MUVA geht noch eine Stufe weiter: Die TU München wird den Vorsitz des Wissenschaftlichen Beirats der MUVA übernehmen. Das schafft umgekehrt auch die Möglichkeit für qualifizierte MUVA-Wissenschaftler, in der Forschung an der TU München mitzuarbeiten.

„BIfA als An-Institut für Umwelt-Biotechnologie der TU-Außenstelle Weihenstephan (entsprechender Vorschlag liegt bereits vor).“

Eine auf Dauer angelegte systematische und am Bedarf orientierte Aufgabenerweiterung des BIfA auf weitere Themenbereiche der Umwelttechnologie und damit insbesondere auch das Thema Umwelt-Biotechnologie wird grundsätzlich begrüßt und unterstützt.

Beispielhaft genannt werden können in diesem Zusammenhang die Themenbereiche Deponietechnik, Altlasten-Sanierungstechnologie sowie andere Umweltbereiche (integrierte Produktpolitik (IPP), Luftreinhaltung, Lärmschutz, spezielle abwassertechnische Problemstellungen u. a.). Bei dieser Aufgabenerweiterung sollte auch darauf geachtet werden, dass zunächst der Schwerpunkt auf übergeordnete Fragestellungen gelegt wird, damit eine möglichst geringe Konkurrenzsituation mit – sich parallel entwickelnden – privaten Gutachter- und Entwicklungsstellen besteht.

Erste Schritte in Richtung Aufgabenverteilung sind schon getan. So hat das BIfA beispielsweise bereits im Rahmen der Bearbeitung von abfallwirtschaftlichen FuE-Projekten fachübergreifendes Know-how erworben, das – und zwar sinnvoller Weise primär – weiter ausgebaut werden kann und sollte. Dieser zügigen und schrittweisen Ausweitung der Kompetenz des BIfA würde auch die im Rahmen der High-Tech-Offensive angedachte Verschmelzung mit dem Forschungs- und Entwicklungszentrum Sondermüll (FES) in Schwabach dienen. Durch eine solche ausgewogene Themenenerweiterung kann das BIfA seine Kompetenz dann insgesamt für den Bereich Umwelttechnik festigen und stärken. Insofern kommen die im Rahmen der High-Tech-Offensive vorgesehenen Haushaltsmittel in erster Linie dem BIfA und damit dem Regierungsbezirk Schwaben zugute.

Durch die genannten, vom Umweltressort zum Teil initiierten und mitgetragenen Projekte und hier insbesondere durch die Erweiterung der Aufgabenstellung des BfA zu einem Institut für Umwelttechnik, erfolgt für den Raum Augsburg und Schwaben eine richtungsweisende Weichenstellung. Die Wirtschaftsunternehmen aus der Region haben damit die große Chance, das hier geschaffene, konzentrierte und umfassende Know-how im Bereich der Umwelttechnik zu ihrem Vorteil zu nutzen.

Grundsätzlich steht auch die TU München einer engen Kooperation mit dem BfA aufgeschlossen gegenüber, wobei in Gesprächen zwischen dem BfA und der TU München vorgeklärt werden müsste, in welcher Form eine solche Zusammenarbeit sinnvoll und zweckmäßig ist.

„Aufstockung der Mittel für Lehre und Forschung im Bereich der Angewandten Informatik für die Universität mindestens auf die ursprüngliche Antragshöhe (rd. 30 Mio. DM).“

Im Rahmen der High-Tech-Offensive ist für den Aufbau des Kompetenzzentrums IuK Augsburg ein Betrag von 17,7 Mio. DM vorgesehen. Hierzu wird an der Universität Augsburg ein Studiengang „Angewandte Informatik“ aufgebaut (fünf neue Lehrstühle mit Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern sowie Erstausrüstung, z. B. für Multimediale Informatik, Wirtschaftsinformatik und Technische Informatik). Der Studiengang stellt eine wichtige Ergänzung zu den bestehenden Lehr- und Forschungsangeboten der Augsburger Universität dar. Mit den fünf neuen Lehrstühlen ist ein wichtiger Schritt zum Aufbau eines neuen Fachbereichs getan. Die kritische Masse ist damit erreicht. Ein weiterer Ausbau zum jetzigen Zeitpunkt ist aus wissenschaftlicher Sicht nicht notwendig. Darüber hinaus kann sich die Universität Augsburg z. B. im Rahmen der Software-Offensive und des landesweiten FuE-Programms Informations- und Kommunikationstechnik um weitere Drittmittel im Informatikbereich bewerben.

„Gleichbehandlung von Garching und Augsburg bei der Entwicklung eines Software-Campus (Stichwort „Lech-Valley“).“

„Einbindung des Wirtschaftsraumes Augsburg in das Projekt Software-Campus München/Garching (Lech-Valley)“

Im Rahmen der Software-Offensive wird der Software-Campus in enger Anlehnung an die TU München am Standort München/Garching errichtet. Der Software-Campus umfasst Flächen und Angebote für Unternehmensgründer im Software-Bereich, Forschergruppen, die eng mit Hochschulen und Wirtschaftsunternehmen verzahnt sind sowie Aus- und Weiterbildungsangebote. Räumlich ist der Campus zwar in der Nähe der TU München angesiedelt, damit sind andere bayerische Hochschulen von der Nutzung des Campus, der Beratungs- und Ausbildungsangebote des Campus und der Inanspruchnahme von Fördermitteln für FuE-Projekte bzw. Forschergruppen nicht ausgeschlossen. Der Software-Campus München/Garching erhält auch einen virtuellen Teil, d.

h. ein leistungsfähiges Netzwerk, mit dem alle bayerischen Hochschulen an den Campus angebunden werden können. Konkret bedeutet dies, dass Augsburger Informatiklehrstühle Forschergruppen z. B. in Augsburg einrichten können, die – sofern die Fördervoraussetzungen zutreffen – im Rahmen der Software-Offensive gefördert werden und virtuell an den Software-Campus München/Garching angebunden sind. Für Forschergruppen aus der Augsburger Universität besteht damit gegenüber den Münchner Hochschulen kein grundsätzlicher Standortnachteil.

„Zwei zusätzliche Lehrstühle physikalische Chemie (Schwerpunkt Angewandte Materialwissenschaften und Theorie) zur Einrichtung eines eigenen Master-Studiengangs Materialwissenschaften.“

Der neu eingerichtete Lehrstuhl für Festkörperchemie reicht aus, um den derzeitigen Lehrveranstaltungsbedarf im Teilfach Chemie im Rahmen des Diplomstudiengangs Physik abzudecken. Augsburger Physikstudenten müssen nun nicht mehr nach Ulm reisen, um dort die erforderliche Chemie-Grundausbildung abzuleisten.

Die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät hat ein Konzept zur Einrichtung eines Studiengangs Materialwissenschaften mit dem Abschluss Bachelor of Science entwickelt, das in diesem Semester noch verabschiedet werden soll. Das Konzept orientiert sich an einem Curriculum des entsprechenden Studiengangs einer Partnerhochschule in den USA. Nach dem Entwurf des Konzepts werden hierfür keine zusätzlichen Personalressourcen benötigt.

Mittelfristig möchte die Fakultät auch einen Masterstudiengang im Fach Materialwissenschaften einführen. Zur Durchführung des Masterprogramms wäre eine fachliche Erweiterung notwendig, für die zwei zusätzliche Lehrstühle erforderlich wären. Die genaue fachliche Ausrichtung ist derzeit noch nicht festgelegt. Eine Ausrichtung auf Physikalische Chemie wäre zu einseitig.

Es bleibt abzuwarten, ob die Universität im Rahmen ihrer Strukturplanung, die bis 1. März 2000 dem Ministerium vorzulegen ist, eine interne Lösung durch Umschichtungen und Umwidmungen frei werdender Stellen anstreben wird.

„Anbindung des Anwenderzentrums Mikrosystemtechnik an die Fachhochschule Kempten und Augsburg sowie das universitäre Kompetenzzentrum Mechatronik in Garching und Erlangen.“

Das „Dienstleistungszentrum Mikrotechnik“ im Inno-High-Tech-Park in Kaufbeuren ist ein Projekt der IHK-Inno-tech GmbH, einer 100%igen Tochter der IHK Augsburg/Schwaben, im Rahmen des Regionalkonzepts Schwaben.

Der finanzielle Gesamtbedarf für das Vorhaben liegt bei 15,5 Mio. DM, die voraussichtliche Förderung beträgt 7,75 Mio. DM. Bisher war eine Kooperation mit der Fachhochschule Landshut vorgesehen, an der im Rahmen des Regionalkonzepts für Niederbayern ein Kompetenzzentrum Mikrosystemtechnik entstehen soll. Grundsätzlich ist es in allen Pro-

jekten der Regionalkonzepte eine Aufgabe des Projektträgers, eine Begleitung seines Vorhabens durch eine Hochschule sicherzustellen. Das war und ist eine Grundbedingung für die Projekte der Regionalkonzepte. Bei der jetzt anstehenden Erarbeitung des konkreten Förderantrags ist eine Neuorientierung des Projektes hin zu einer anderen Hochschule ebenso denkbar wie die Kooperation mit den am bayerischen Netzwerk für Mechatronik beteiligten Instituten.

Die IHK-Innotech GmbH ist als Projektträger selbst in der Lage und in der Pflicht, eine wissenschaftliche Anbindung des Dienstleistungszentrums an eine Hochschule herbeizuführen. Die angesprochenen Hochschulen werden in eigener Verantwortung entscheiden, ob der Vorschlag für sie sinnvoll ist.

„Gleichstellung mit Landshut (gleiche Förderung)“

Das Kompetenzzentrum für Mikrosystemtechnik in Landshut ist ein Projekt der Fachhochschule Landshut an der Fachhochschule, für das im Regionalkonzept Niederbayern eine voraussichtliche Förderung in Höhe von 10 Mio. DM vorgesehen ist.

Projekte an Hochschulen sind im Rahmen der Regionalkonzepte der High-Tech-Offensive Zukunft Bayern zu 100 % förderfähig. Für Projekte der Kammern gilt in der Regel ein Höchstfördersatz von 50 %. Das ist eine Grundregel, die für alle Projekte der regionalen Technologiekonzepte gilt.

„Alle Gremien sollten sich mit den Projekten in ihrem Raum beschäftigen und Einfluss darauf nehmen, dass lebensfähige Einrichtungen entstehen, von denen nachhaltige Impulse und Multiplikationseffekte ausgehen. Dafür wäre es gut, wenn eine Anbindung an eine Fachhochschule oder eine Universität möglich ist. Auch sollten sich die Gremien um die Finanzierung der Projekte kümmern, da die Zusagen der Gebietskörperschaften letztlich über die Gewerbesteuer finanziert werden müssen.“

Mit den Regionalkonzepten soll jeder Regierungsbezirk seine Kräfte selbst mobilisieren und sein Konzept realisieren, das zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, den Kommunen und Landkreisen sowie den Gewerkschaften abgestimmt wurde. Die IHK für Augsburg und Schwaben war an allen Sitzungen und Entscheidungen des regionalen Koordinierungskreises beteiligt. Bei der abschließenden Besprechung zum Regionalkonzept für Schwaben hat die IHK dem schwäbischen Technologiekonzept zugestimmt.

Die wissenschaftliche Begleitung der regionalen Technologieprojekte ist eine Grundbedingung für die Aufnahme in das Regionalkonzept. Der Projektträger ist dafür verantwortlich, dass diese realisiert wird.

Ferner ist eine solide Finanzierung, ohne Folgekosten für den Haushalt des Freistaates Bayern Voraussetzung für eine För-

derung aus der High-Tech-Offensive. Erst bei weiterer inhaltlicher Ausgestaltung wird sich erweisen, welche der vorgeschlagenen Projekte überhaupt tragfähig sind und welche Projekte aufgrund eines fehlenden Eigenfinanzierungsanteils entfallen werden. Nachdem aufgrund der entfallenden Projekte auch die sogenannte „Nachrückerliste“ abgearbeitet ist, könnte in Zusammenarbeit mit dem vom Wirtschaftsministerium bestellten Gutachter von der Region über neue Projekte entschieden werden. Hierbei ist jedoch nicht nur die Haltung der regionalen Gremien, sondern auch die von der Staatsregierung vorgegebene Zielsetzung (Kriterienkatalog) maßgeblich.

Zu dem als kritisch angemerkten Projekt TWC Nördlingen ist seitens des Wirtschaftsministeriums nur anzumerken, dass bisher keine Einzelheiten zu dem Vorhaben bekannt sind und daß der Förderantrag abzuwarten bleibt, um eine abschließende Beurteilung des Projekts vornehmen zu können.

„Schwaben muß sssei diesen 1,4 Mrd. DM [landesweite Projekte] mit einem Landesanteil von 14,4 % beteiligt werden, wenn keine neuen Ungleichgewichte entstehen sollen.“

Alle Bezirke Bayerns profitieren von den Säulen „Landesweites Qualifizierungs-, Existenzgründungs- und Technologie-Infrastrukturprogramm“ und der „Internationalisierung der High-Tech-Offensive“ sowie der „Software-Offensive Bayern“ im Rahmen der High-Tech-Offensive. Auch hier wird eine Quotendebatte dem hohen fachlichen Anspruch nicht gerecht. Es wird verkannt, dass die Vielzahl der Projekte weit über ihren Standort hinaus wirken bzw. nicht standortgebunden sind. Auch mit diesen Säulen sollen vorhandene Stärken weiter gestärkt werden. Es liegt letztendlich auch an den Regionen, in welchem Umfang diese Programme in Anspruch genommen werden. Beispielfhaft kann hier das bereits erwähnte Forschungs- und Entwicklungsprogramm IuK genannt werden.

Die High-Tech-Offensive wird Folgekosten von rund 100 Mio. DM pro Jahr zu Lasten des Haushalts des Freistaats Bayern verursachen, die ab dem Jahr 2005 in voller Höhe anfallen. Zur Entlastung des Haushalts von Folgekosten wird aus den Privatisierungsmitteln ein Bayern-Fonds eingerichtet, der mit dem Erlös aus dem Verkauf der VIAG-Aktien von rund 3,1 Mrd. DM ausgestattet wird. Aus dem Fonds wird die High-Tech-Offensive und das Standortprogramm finanziert werden, aus den Zinserträgen wird ein Teil der Folgekosten für den Haushalt des Freistaates Bayern abgedeckt.

Der Bayern-Fonds steht nur für staatliche Projekte und nicht zur Abdeckung von regionalen Folgekosten zur Verfügung. Es ist eine Voraussetzung für die Bewilligung der regionalen Projekte, dass keine zusätzlichen Folgekosten zu Lasten des Haushalts des Freistaats Bayern entstehen. Eine Quotendebatte erübrigt sich dadurch.